



19.01.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in der vergangenen Woche hat das Recherchenetzwerk Correctiv aufgedeckt, dass sich im November Vertreter von der AfD mit Rechtsextremen und Identitären getroffen haben, um Pläne zu schmieden, Migrantinnen und Migranten, aber auch deutsche Staatsbürger mit Migrationsgeschichte aus Deutschland auszuweisen und zu deportieren. Es ist an Widerwärtigkeit nicht zu überbieten, dass dieses Treffen ausgerechnet in Potsdam stattgefunden hat, nur wenige Kilometer von dem Ort entfernt, an dem die Nationalsozialisten die systematische Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden geplant haben. Es bestätigt das, wovor wir schon lange warnen: **Die AfD versteckt unter dem Mantel der "Bürgerlichkeit" ein tief rechtsextremes und verfassungsfeindliches Gedankengut und ist eine große Gefahr für unsere Demokratie.**

Ich bin froh und dankbar, dass in dieser Woche überall in der Republik viele Tausende Menschen auf die Straße gegangen sind, um gegen Rassismus, Ausgrenzung und rechtes Gedankengut zu demonstrieren. Der Rechtsruck, der überall in unserem Land gerade stattfindet, darf nicht länger verharmlost werden. **Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen und ich bitte alle sich mir anzuschließen und zu einer Demonstration in der Nähe zu gehen.** In Mittelhessen findet eine Kundgebung am Samstag um 15 Uhr auf dem Berliner Platz in Gießen statt, an der ich teilnehmen werde. Und auch sonst gibt es überall in Hessen angemeldete Demonstrationen.

[\(Hier gibt es eine Übersicht.\)](#)



In der vergangenen Woche habe ich in einer Extra-Ausgabe des Newsletters über die großen Proteste der Landwirtinnen und Landwirte informiert. [\(Hier noch einmal zum Nachlesen\)](#) Wir haben in dieser Woche ein Positionspapier in der SPD-Bundestagsfraktion beschlossen, das den Fokus auf Frauen in der Landwirtschaft legt. Mehr als ein Drittel der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind Frauen, doch ihre Leistungen werden oft

**WIR WOLLEN:**

## Frauen in der Landwirtschaft stärken

- ➔ **Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Einfacheres Antragsverfahren beim Elterngeld für Selbständige und zehn Tage Sonderurlaub für Partner nach Geburt.
- ➔ Niedrigschwellige Beratungs- und Informationsangebote zur **sozialen Absicherung.**
- ➔ Präventionsprodukte zur Verbesserung des **Gesundheitsschutzes** und der **Arbeitssicherheit.**
- ➔ Schneller Überblick über kurzfristig verfügbare **Betriebs- und Haushaltshelfer:innen.**
- ➔ **Mentoring-Programme** für Existenzgründerinnen.

**SPD** Fraktion im Bundestag

nur unzureichend anerkannt. Auch bei den Protesten hat die Rolle der Frauen kaum eine Rolle gespielt. 2020 wurden fast 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe ausschließlich von Männern geführt. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit auf einem der letzten Plätze.

Wir wollen Frauen in der Landwirtschaft stärken und dafür die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Mit einfacheren Antragsverfahren beim Elterngeld, niedrigschwelligen Beratungsstrukturen zur sozialen Absicherung und besserer Prävention für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Zudem wollen wir dafür sorgen, dass es einen schnellen Überblick über verfügbare Betriebs- oder Haushaltshilfen gibt. [\(Zum gesamten Positionspapier geht es hier\)](#)

[Positionspapier geht es hier\)](#)

In der vergangenen Woche haben wir uns zur Klausur der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin getroffen, um die Weichen für die Regierungs- und Fraktionsarbeit in diesem Jahr zu stellen. Für uns ist klar: Wir wollen das Leben leichter machen. Die Organisation des Alltags ist häufig schon kompliziert genug. Wenn dann noch eine veränderte Lebenslage hinzukommt, fühlen sich viele durch Bürokratie und Kompliziertheit überfordert. Deshalb wollen wir einfache Anlaufstellen schaffen, die den Zugang zu Leistungen und Beratungsangeboten bündeln. Die Zeit, in der Menschen von Behörde zu Behörde geschickt werden, muss endlich vorbei sein. Mit der Grundrente ist es uns zum ersten Mal gelungen, dass eine Leistung des Sozialstaats vollkommen automatisch ohne Antrag ausgezahlt wird. Dies wollen wir zum Vorbild nehmen und dafür Sorge tragen, dass dies bei zukünftigen Reformen umgesetzt wird. [\(Hier geht es zu diesem Positionspapier\)](#)

**WIR WOLLEN:**

## Einen Sozialstaat als Partner

- ➔ Wir wollen einen Sozialstaat als Partner, der sich **an Lebenslagen und Bedürfnissen von Bürger:innen orientiert** und nicht an Rechtskreisen und Zuständigkeiten.
- ➔ Alle Bereiche des Sozialstaates müssen **wohnortnah, barrierefrei und wenn möglich digital** und wo nötig persönlich erreichbar sein.
- ➔ Wir wollen sicherstellen, dass alle Bürger:innen, die **Ansprüche auf soziale Leistungen** und Unterstützung haben, **diese auch einfach und unbürokratisch erhalten.**
- ➔ Wir wollen einen **Sozialstaat, der vorsorgend und präventiv arbeitet und informiert**, der Beschäftigte im Arbeitsleben aktiv unterstützt und die Lebensplanung erleichtert.

**SPD** Fraktion im Bundestag

In einem zweiten Papier haben wir unsere Position zur Schuldenbremse gefestigt. Früher waren wir stolz darauf, dass in unserem Land alles funktioniert. Dass die Züge pünktlich fahren oder dass unsere Städte, Straßen und Brücken in gutem Zustand sind. Dass beste Medizin gut erreichbar und Schulen und Kitas gut ausgestattet sind. Und wir waren stolz eines der modernsten Länder weltweit auf technologisch führendem Niveau zu sein und Zukunftstechnik zu produzieren. Damit wir dort wieder hinkommen, unseren Wohlstand sichern und ein Land des Fortschritts und der Modernität bleiben, haben wir bereits den Deutschlandpakt geschlossen, um endlich Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Wir haben bereits viel in Infrastruktur und den Wandel unserer Wirtschaft investiert, aber es reicht nicht, wenn es um die Zukunftschancen der nächsten Generation, ihre Bildung, ihre Infrastruktur, ihre medizinische Versorgung und vieles andere mehr geht.

**WIR BRAUCHEN DRINGEND**

## **NEUE REGELN FÜR DIE SCHULDENBREMSE!**

Die Schuldenbremse in jetziger Form verhindert notwendige Investitionen in die Zukunft der nächsten Generation(en).

In eine moderne Infrastruktur, gute Schulen, die erneuerbaren Energien und starke Betriebe.

**SPD** Fraktion im Bundestag

Es ist klar: Wenn wir dies flächendeckend erreichen wollen, brauchen wir die nötigen Mittel, um diese Zukunftsinvestitionen zu finanzieren.

Die aktuelle Debatte um den Bundeshaushalt zeigt, dass wir uns grundsätzlicher Gedanken darüber machen müssen, wie wir unseren Staat finanzieren wollen. Denn durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes müssen Ausnahmen der Schuldenbremse immer neu beschlossen werden. Dadurch ist es vor allem schwierig auf akute Herausforderungen und Krisen adäquat reagieren zu können, wie beispielsweise auf Krieg und Flutkatastrophen und gleichzeitig wichtige Investitionen in unsere Infrastruktur leisten zu können. Deshalb wollen wir die Schuldenbremse so umgestalten, dass Investitionen in die Infrastruktur, in unsere Straßen, Schienen oder erneuerbare Energieversorgung auch in Krisenzeiten möglich bleiben. ([Hier geht es zu diesem Positionspapier](#))

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das zeigt die Generation der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, die unser Land nach den Schrecken des Krieges wieder aufgebaut haben und denen wir nicht nur zu Respekt verpflichtet sind, sondern denen wir auch unseren heutigen Wohlstand mit zu verdanken haben. Wenn heute Fachkräfte aus dem Ausland überlegen auszuwandern, dann denken sie nur selten an Deutschland. Und das hat nicht nur etwas mit der Sprache, sondern auch mit einer fehlenden Willkommenskultur zu tun. Wer auswandert, der möchte auch irgendwo angekommen, die Chance haben dazu zu gehören. Deswegen haben wir heute die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen, das einlädt, Teil unserer Gesellschaft zu werden.

**Schluss mit Hetze!**

**IHR GEHÖRT DAZU!**

**Deshalb schaffen wir  
ein modernes  
Staatsangehörigkeitsrecht.**

**SPD** Fraktion im Bundestag

**Wir müssen ein klares Zeichen setzen: Wer zu uns kommt, dazu gehören möchte, sich an unsere Gesetze hält und sich zu den Werten unseres Grundgesetzes bekennt, gehört zu uns.** Dazu haben wir heute die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Damit bringen wir das Gesetz auf die Höhe der Zeit. Wir ermöglichen die doppelte Staatsangehörigkeit, wie es viele andere europäische Länder schon lange machen. Und wir ermöglichen für all diejenigen, die sich bereits gut integriert haben, eine schnellere Einbürgerung. Künftig wird es bereits nach 5 Jahren statt wie bisher nach 8 Jahren möglich sein, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten - mit allen Rechten und Pflichten, die das mit sich bringt. Die Voraussetzungen hierfür bleiben hoch: Der Lebensunterhalt der Familie muss eigenständig - ohne den Bezug von

Sozialleistungen gesichert sein. Und Personen, die antisemitische oder rassistische oder sonstige Straftaten verübt haben, bleiben von der Einbürgerung ausgenommen.

Wir haben zudem in dieser Woche die Umsetzung einer EU-Richtlinie beschlossen, die endlich in diesem Jahr einen einheitlichen Standard für Ladekabel von elektronischen Geräten festschreibt. Ab Ende 2024 soll es nur noch Smartphones oder ähnliche Geräte mit dem USB-C Standard geben und das Hin- und Herwechseln zwischen verschiedenen Ladekabeln gehört endlich der Vergangenheit an. Dies erleichtert nicht nur den Alltag, sondern hilft auch, dass Elektronikschrott gespart wird. Im Durchschnitt besitzt jeder EU-Bürger durchschnittlich 3 Ladekabel pro Gerät, von denen regelmäßig nur 2 genutzt werden.

Gestern hat sich in Hessen der neue Landtag konstituiert. Ich bin sehr froh darüber, dass es uns trotz des schlechten Wahlergebnisses gelungen ist, gemeinsam mit der CDU einen Koalitionsvertrag auszuhandeln und die hessische SPD endlich, nach 25 Jahren auf der Oppositionsbank, wieder Regierungsverantwortung übernimmt. Aufgrund der Zusammenstellung des Kabinetts ist meine langjährige Mitarbeiterin Cirsten Kunz heute als Abgeordnete in den Landtag nachgerückt. Ich wünsche Ihr viel Erfolg in Wiesbaden und freue mich umso mehr, dass der Lahn-Dill-Kreis nun mit Stephan Grüger im Nordkreis, Cirsten Kunz im Südkreis und dem zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählten Tobias Eckert in der Gemeinde Waldsolms von 3 sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtag vertreten wird. In Biebertal und Wettenberg ist Nina Heidt-Sommer als Landtagsabgeordnete wiedergewählt worden.

Zum Abschluss noch ein Hinweis: In der kommenden Woche findet am Mittwoch wieder meine Wahlkreissprechstunde von 14 – 15 Uhr statt. **Alle Interessierten können sich gerne per Mail ([dagmar.schmidt@bundestag](mailto:dagmar.schmidt@bundestag)) oder Telefon (06441 2092522) anmelden.**

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt